

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

VERÄNDERUNGEN IN DER SCHWEIZER LANDWIRTSCHAFT DURCH DIE AGRARREFORMEN

## Die Schweizer Landwirtschaft – Geisel und Spielball der neuen Agrarpolitik!

«Hat der Bauer Geld – hat's die ganze Welt!» – «Und hat er keins, so ist es um viele Bereiche der Wirtschaft nicht rosig bestellt.» Fakt ist, dass die Bauernfamilien fast jeden Franken, den sie erwirtschaften, wieder in ihren Betrieb investieren, und so die Konjunktur in den ländlichen Gegenden stärken. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Jagd auf Schnäppchen auch im Lebensmittelbereich deutlich zunimmt, z. B. durch Einkäufe im Ausland. So gesehen trifft die unsichere Situation auch die Schweizer Landwirtschaft.



NATIONALRAT  
MAX BINDER  
DIPL. LANDWIRT  
ILLNAU

Die Agrarpolitik hat sich in den letzten 20 Jahren massiv verändert. In der Nachkriegszeit bis zu Beginn der Neunzigerjahre war die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln das unbestrittene Ziel der Schweizer Agrarpolitik. Mit der sog. «Modernen Agrarpolitik» kamen ab 1992 neue Funktionen dazu. Kurz zusammengefasst heisst das, dass die Schweizer Bauern

- sich auf den Markt und die Konsumentenschaft ausrichten müssen
- zu einer sicheren Versorgung der Bevölkerung beitragen sollen
- die Lebensqualität im ländlichen Raum bewahren
- wichtige Funktionen in Umweltschutz, Ökologie und Landschaftspflege übernehmen

Dieser Neuausrichtung folgend hat das Schweizer Volk im Sommer 1996 einem neuen Verfassungsartikel zugestimmt. Dieser war Grundlage für ein neues Landwirtschaftsgesetz, welches eine multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft verankert. An Stelle der in der Nachkriegszeit eingeführten Preis- und Absatzgarantien wird vermehrt auf den Markt gesetzt. Zusätzlich werden die Bauern vom Staat mit Direktzahlungen entschädigt für die Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen wie tiergerechte Haltung, ökologische Bewirtschaftung oder Pflege der Kulturlandschaft.

Das Bild der Landwirtschaft hat sich gewandelt. Ein ausgeprägter Strukturwandel ist deutlich sichtbar.

Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe ist seit 1996 bis 2011 von ca. 80 000 Betrieben um ca. 20 000 auf knapp unter 60 000 gesunken. Gleichzeitig ist die Betriebsfläche im Durchschnitt von 11,6 Hektaren um 6,7 Hektaren auf 18,3 Hektaren gestiegen. Die Anzahl der grösseren Betriebe nimmt ebenfalls zu. Insgesamt ist aber die Landw. Nutzfläche von 1 082 876 Hektaren im Jahre 1996 bis 2011 um etwa 31 000 Hektaren auf 1 051 866 Hektaren zurückgegangen. Das bedeutet auch, dass bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum die Produktionsfläche für Nahrungsmittel in der Schweiz pro Kopf der Bevölkerung laufend zurückgeht.

### Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft

Der Produktionswert der Landwirtschaft in Form von Gütern und Dienstleistungen beträgt im Jahr 2012 knapp 10 Milliarden Franken und ist damit um weitere 1,9 Prozent gesunken. Ca. 6,3 Milliarden Franken geben die Schweizer Bauern für Vorleistungen wie Dünger, Pflanzenschutzmittel, Maschinen usw. aus. Die Landwirtschaft ist auch kein unbedeutender Arbeitgeber. Rund 170 000 Personen arbeiten direkt in der Landwirtschaft, über 330 000 weitere in den vor- und nachgelagerten Branchen des Ernährungsektors.

### Was erwartet die Bevölkerung von der Landwirtschaft

Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung die multifunktionale Landwirtschaft mitträgt. Je 97 Prozent der Befragten legen in erster Linie Wert auf eine tierfreundliche Haltung, eine umweltgerechte Bewirtschaftung, die

Produktion von gesunden Lebensmitteln und eine gesicherte Versorgung. Für 91 Prozent ist auch die Pflege der Kulturlandschaft wichtig. Allerdings habe ich auch schon festgestellt, dass sich die Haltung in solchen Umfragen nicht automatisch mit jener vor dem Ladentisch oder im Einkaufszentrum vor dem Produktgestell deckt. Oft ist es absolut wichtig, wie das Huhn in der Schweiz lebt, von dem das Ei im Gestell stammt. Bei importierten Fertigprodukten, die Ei enthalten, interessiert das kaum, oder gar nicht mehr. Das trifft übrigens für viele importierte Halbfertig- oder Fertigprodukte aus aller Welt zu.

### Schwieriges Umfeld für die Landwirtschaft

Die Schweizer Bauern produzieren zunehmend auf einem Feld verschiedenster Interessen. Einerseits zeichnet sich der Produktionsstandort Schweiz aus durch strenge Gesetze, (Umwelt, Tierschutz, Bauten etc.), durch kleinstrukturierte Betriebe (ca. 19 Hektaren), topographische und klimatische Einschränkungen und durch ein hohes Kostenumfeld aus. Das macht es für unsere Bauernfamilien schwierig oder unmöglich, mit der ausländischen Konkurrenz mithalten zu können.

Andererseits wird der Freihandel gefordert. Ich erachte dies als verantwortungslos. Die Landwirtschaft würde existenziell gefährdet. Bei weiter zunehmender Bevölkerung und gleichzeitiger Reduktion der landw. Nutzfläche geht man davon aus, dass im Jahr 2050 pro Kopf der Bevölkerung noch eine Produktionsfläche für Nahrungsmittel von 1300 m<sup>2</sup> zur Verfügung steht, im Jahr 2010 waren es noch 2000 m<sup>2</sup>. Das heisst also, dass die Pro-

duktion pro m<sup>2</sup> fast verdoppelt werden müsste.

Angesichts dieser Tatsache ist es für mich unverständlich, dass man immer mehr Land aus der Produktion verbannen resp. dieser entziehen will. Ich denke an die unsinnige Idee, mit einem schweizweiten Revitalisierungsprogramm der Fliessgewässer ca. 22 000 Hektaren Kulturland zu opfern.

### Agrarpolitik 2014–2017

In diesem Jahr werden die eidg. Räte die Ausrichtung der Agrarpolitik 2014–2017 verabschieden. Aus meiner Sicht, aber auch aus der Sicht vieler Bauern, die einer produzierenden Landwirtschaft nachleben wollen, geht das Geschäft in eine völlig falsche Richtung. Dieses ist geprägt von mehr ökologischen Auflagen, extensiverer Bewirtschaftung und mehr Bürokratie.

Gleichzeitig spricht BR Schneider-Ammann von kostensenkenden Elementen. Das Gegenteil ist der Fall, auch wenn das von offizieller Seite bestritten wird. Die Praxis wird dies leider bestätigen. Sollte sich im Milchsektor nicht noch eine Verbesserung in Bezug auf stabile Milchkaufverträge zwischen Produzenten und Verwertern ergeben, ist das Geschäft definitiv gescheitert. Dass die landwirtschaftliche Grundbildung als Voraussetzung zum Bezug von Direktzahlungen vom Parlament abgelehnt wurde, leider auch von Bauernvertretern, ist für mich nicht nachvollziehbar. Immerhin liegt der Anteil der Direktzahlungen gemessen am Einkommen auf vielen Betrieben bei 60 Prozent oder mehr. Aus heutiger Sicht werde ich diesem Geschäft nicht zustimmen. Ich kann und will die Verantwortung nicht übernehmen

men für eine fehlgeleitete Politik, die unsere junge Bauerngeneration ausbaden muss.

### Fazit

Die Schweizer Bauern sind seit dem Umbau der Agrarpolitik in den letzten 20 Jahren zunehmend zum Spielball der Politik geworden. Unter dem Diktat der «Liberalisierer» und «Globalisierer», wie *economiesuisse*, *Avenir Suisse*, *Agrovision*, aber auch der Grossverteiler wird die Agrarpolitik ausgerichtet. Angesichts der weltweit knappen Nahrungsmittel, des Landgrabings (Land kaufen oder langfristig in Pacht nehmen; China weltweit über 2 Millionen Hektaren), des Bevölkerungswachstums, der eher zunehmenden Zahl von Naturkatastrophen ist es geradezu fahrlässig, so zu handeln und zunehmend vom Ausland abhängig werden.

Ich will die bisher erbrachten ökologischen Leistungen weder in Frage stellen noch zurückfahren. Aber ich will, dass diese von der Politik endlich respektiert und anerkannt werden.

Die Landwirtschaft gehört untrennbar zusammen mit der Armee zur Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung. Wir müssen wieder vermehrt eine Diskussion über wahre, echte und lebenswichtige Werte führen, und nicht nur über möglichst tiefe Preise, hohe Produktionsauflagen und Billigimporte.

Die Schweizer Bauernfamilien dürfen nicht als Spielball oder Geiseln der Politik, der übrigen Wirtschaft oder von irgendwelchen ideologischen Visionären missbraucht werden.

Die SVP ist die Partei, die aufrecht zu einer produzierenden, einheimischen Landwirtschaft steht.

**Schreinerei Hanspeter Rütschi**

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf  
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01  
www.schreinerei-ruetschi.ch

**MÖBEL ALLER ART**

Wir fertigen jegliche Möbel nach Ihren Bedürfnissen in unserer Werkstatt in Mönchaltorf.

**Aeberhardt Illnau:**

**Kies vom Feinsten!**

**Kies – Sand  
Splitt – Schotter**

**Günstig franko  
Baustelle**

ph.aeberhardt@bluewin.ch  
Tel. 079 673 03 41

Präsentieren Sie Ihre Werbung bei der Leserschaft von «Der Zürcher Bote» im besten Licht.

**Also hier!**

print-ad kretz gmbh  
Tramstrasse 11  
8708 Männedorf  
Telefon 044 924 20 70  
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

**CCG Event-Technik**

**CCG-Mietpark**  
Bramenstrasse 8  
8184 Bachenbülach  
Tel. +41 (0)44 307 11 55  
www.ccg.ch

Jean-François Rime, Nationalrat SVP, Präsident Schweiz. Gewerbeverband, Bulle:

**«Die RPG-Revision bringt massive Eingriffe ins Privateigentum. Das lehne ich ab.»**

Am 3. März  
**RPG-Revision NEIN**

Überparteiliches Komitee  
«Nein zur missratenen RPG-Revision»  
Postfach 804, 3001 Bern



**Reicher Russe und reiche Unia**



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Das Unternehmen hat sich ganz der «klassischen Ferien- und Geniesserkultur verschrieben». Doch zum Jahresbeginn verkaufte die Gewerkschaft Unia ihr Viersternehotel «Préalpina» mitten in den Weinbergen des Lavaux. Nicht an die SP. Sondern an die SP System. So heisst die Firma des reichen Russen Nikolai Sidorow. Der Verkaufspreis bleibt «geheim». Welchen Lärm würde die Unia wohl veranstalten, wenn die Arbeitgeber die Löhne ihrer Angestellten geheim halten würden?

Die 30000 prachtvollen Quadratmeter beim Hotel «Préalpina» will die Unia behalten, um darauf 57 prachtvolle Wohnungen zu erstellen. Die Unia vertritt die Arbeiter von Industrie, Bau, Gewerbe, Gastronomie, Verkauf, Handel und Transport. Die Unia setzt auf Klassenkampf statt auf Verständigung. Auf Megafone statt auf runde Tische. Auf Kampagnen statt auf Lösungen. Fünf von acht Mitgliedern der Geschäftsleitung tragen italienische Namen. Was uns daran erinnert, wie stark das gewerkschaftliche Denken im Süden Europas verbreitet ist. Und wie sehr die Gewerkschaften die dortigen wirtschaftlichen Missstände mit verantworten.

Die Unia zählt 193 518 Mitglieder und hat jährliche Ausgaben von 131 Millionen Franken. Das wären stolze 677 Franken pro Mitglied. Allein die Personalkosten der Unia verschlingen 88 Millionen – für 950 Mitarbeiter. Das Eintreiben der Zwangsbeiträge besorgen beim Baumeisterverband die Arbeitgeber. Zum Dank dürfen sie sich von der Unia bedrohen, erpressen und bestreiken lassen. Höchste Unia-Kader wurden wegen Mobbing zu mehreren Tausend Franken Busse verurteilt. Speziell ruppig geht's in der Sektion Zürich-Schaffhausen zu. Sogar der Tages-Anzeiger berichtet von «verletztem Arbeitsrecht» und «missbräuchlichen Entlassungen».

Unia-Gewerkschafter Roman Burger bleibt dennoch mediales Hätschelkind. Er darf ebenso folgenlos wie fälschlich behaupten, SVP-Mann Ernst Schibli beschäftige Polen. Oder SVP-Mann Thomas Matter habe Pensionskassen geschädigt. Statt für erfundene Verleumdungen würden die Unia-Bosse besser für Transparenz im eigenen Grosskonzern sorgen: Wie gross ist das Eigenkapital? In welchen Liegenschaften und Wertpapieren ist es investiert? Wie hoch sind die Spenden, die an die SP und an die Grünen fliessen? Würden wir all dies wissen, stünden wir mitten in einer «Abzocker»-Debatte der anderen Art.

ABSTIMMUNG VOM 3. MÄRZ 2013

**Nein zur missratenen RPG-Revision**

Die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes, über welche wir am 3. März abstimmen, strebt eine Beschränkung des Baulands an: Neu sollen die Gemeinden und Kantone nur noch Bauland für den theoretischen Bedarf von 15 Jahren einzonen können. Sind grössere Bauzonen vorhanden, müssen Gemeinden und Kantone das entsprechende Land wieder auszonen. Diese künstliche Verknappung des Baulands wird die Bodenpreise weiter in die Höhe treiben und zu weiteren Mieterhöhungen führen. Das neue RPG bringt zusätzliche Bürokratie, neue Steuern und Rechtsunsicherheit. Darum lehne ich die Vorlage entschieden ab.



A. NATIONALRAT  
H. RUTSCHMANN  
PRÄSIDENT KGV  
RAFZ

Die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG) ist ein indirekter Gegenvorschlag zur linken Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur» (Landschaftsinitiative). Diese Initiative fordert ein flächendeckendes Moratorium: Die Gesamtfläche der Bauzonen sollen während 20 Jahren nicht vergrössert werden dürfen. Ausnahmen bedürfen einer Bewilligung des Bundesrates. Die Initianten geben an, auf diesem Weg die Zersiedelung eindämmen zu wollen. Doch in Tat und Wahrheit geht es ihnen um etwas anderes: Die Bautätigkeit soll gestoppt und das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung verändert werden.

Die Landschaftsinitiative wurde sowohl im National- als auch im Ständerat klar verworfen. In Form der vorliegenden RPG-Revision hat das Parlament aber einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative beschlossen. Diese Gesetzesrevision wurde im Verlauf der parlamentarischen Beratungen derart überladen, dass sie in vielen Punkten weit über die Initiative hinausgeht.

Dass die Vertreter der Landschaftsinitiative ihre Initiative zurückgezogen haben für den Fall einer Annahme der RPG-Revision, spricht Bände.

**Referendum des Gewerbeverbands**

Der Schweizerische Gewerbeverband ergriff gegen die RPG-Revision das Referendum. Die linkslastigen Beschlüsse von National- und Ständerat sind gerade aus gewerblicher Sicht un-

tragbar: Die RPG-Vorlage führt zu höheren Mieten, neuen Steuern, inakzeptablen Eingriffen ins Privateigentum sowie einer Aushöhlung der Kompetenzen von Kantonen und Gemeinden.

Selbstverständlich sind der wirksame Schutz der Landschaft und der haushälterische Umgang mit dem Boden wichtig. Doch diese Ziele müssen mit vernünftigen, eigentumsfreundlichen Massnahmen angestrebt werden – stets in Achtung der bewährten Zuständigkeiten von Gemeinden und Kantonen. Diese Werte sind in Gefahr: Nach der eidgenössischen Zweitwohnungsinitiative und der Zürcher Kulturlandinitiative ist die RPG-Revision bereits die dritte Vorlage innerhalb weniger Jahre, mit welcher die linksgrünen Parteien Einfluss auf unsere Raumplanung nehmen wollen.

**Durcheinander in Bundesbern**

Die Revision des RPG will die Bauzonen beschränken: Es soll nur noch für den «voraussichtlichen Bedarf für 15 Jahre» eingezont werden dürfen. Bauland, das über den Bedarf für 15 Jahre hinaus eingezont ist, muss von Gemeinden und Kantonen wieder ausgezont werden. Wie hoch dieser Bedarf für 15 Jahre jedoch genau ist, kann niemand sagen.

Auch seitens der Verwaltung und des Bundesrates will man keine Zahlen nennen. Das Bundesamt für Raumentwicklung distanziert sich mittlerweile sogar von Studien, welche es kürzlich noch selber in Auftrag gegeben hat! Die Auswirkungen für die Kantone sind entsprechend unsicher und schwer abschätzbar. Laut Experten müssen einzelne Kantone aber damit rechnen, weit über die Hälfte des Baulandes wieder zurückzonen zu müssen.

Es ist klar: Diese künstliche Verknappung des Baulands wird die Bodenpreise anheizen. Ein Anstieg der Bodenpreise bedeutet höhere Mietkosten. Zudem wird es mit einer solch restriktiven Raumplanung kaum mehr möglich sein, die notwendigen Wohnflächen für die stetig wachsende Bevölkerung zu gewährleisten. Wohnungsmangel treibt die Mieten in aller Regel ebenfalls in die Höhe. Heute sind in etlichen städtischen Gebieten und Agglomerationen – im Kanton Zürich, aber auch in touristischen Regionen – die Wohnungen für Familien und Mittelstand kaum mehr bezahlbar. Auch das Gewerbe leidet unter diesen Entwicklungen. Mit dem neuen RPG würde sich dieser Trend weiter verschärfen: Auch bescheidene Wohnungen werden aufgrund horrender Mietzinse für Normalverdiener nicht mehr erschwinglich sein.

**Gewerbebetriebe leiden unter RPG-Revision**

Nicht nur der Mittelstand und die Familien, sondern vor allem auch das Gewerbe werden zu den Verlierern der RPG-Revision gehören. Die Angebotsverknappung von Bauland und die neuen staatlichen Eingriffe in die Nutzung des Produktionsfaktors Boden führen zu unnötiger Regulierung und steigenden Kosten. Zudem verunmöglichen die neuen Vorschriften die Planung der Entwicklung von Kantonen und Gemeinden.

Unternehmen aber sind auf optimale Rahmenbedingungen und einen einfachen, unbürokratischen Zugang zu Land angewiesen. Können die Betriebe den Boden nicht optimal nutzen, sind die Ausnutzungsziffern zu tief oder ist das Bauen durch die Planungsbürokratie erschwert, stellt sich bald

einmal die Standortfrage. Wenn Gemeinden keine Reservezonen mehr vorsehen können, droht die Abwanderung von Betrieben. Dies wiederum gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze – eine Entwicklung, welche unter Umständen fatal sein kann.

**Unsinnige Staatseingriffe bringen Rechtsunsicherheit**

Der Einfluss der Behörden auf die Planungs- und Bautätigkeit wird mit der RPG-Revision massiv erhöht. Müssen Gemeinden und Kantone Bauland wieder auszonen, führt dies automatisch zu einer Enteignung: Die öffentliche Hand muss für die Wertminderung des betroffenen Grundstücks dem Eigentümer eine Entschädigung zahlen. Die Enteignungsfälle werden zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren führen.

Noch absurder ist die Möglichkeit für Behörden, Landeigentümer – auch gegen deren Willen! – zur Überbauung eines Grundstücks zwingen zu können. So soll das verdichtete Bauen um jeden Preis gefördert werden. Das «öffentliche Interesse», welche für diese drastische Massnahme gefordert wird, ist aber ein rechtlich nicht definierter Begriff. Das heisst: Letztlich entscheiden auch hier wieder Richter und Beamte. Mit der obligatorischen Mehrwertabgabe von mindestens 20% wird sodann eine neue Steuer eingeführt: Künftig sollen Planungsmehrwerte entschädigungspflichtig sein. Auch diese Zwangsabgabe wird die Landpreise verteuern.

Kurzum: Die RPG-Revision ist gründlich misslungen. Statt Lösungen bringt diese Gesetzesrevision zahlreiche neue Probleme. Aus diesem Grund stimme ich am 3. März aus Überzeugung Nein.

GEFÄHRLICHER ENTSCHEID DER APK-N

**Die Schweiz ohne Mitsprache von Volk und Parlament in militärische Konflikte verwickeln?**

Für die SVP ist der Entscheid der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (APK-N) gegen eine Mitbestimmung von Volk und Parlament im Zusammenhang mit einer Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat stossend und gefährlich. Ein Sitz im Sicherheitsrat ist mit unserer Neutralität nicht vereinbar und würde die Tradition der «Guten Dienste» in Frage stellen. Zu einem Entscheid dieser Tragweite müssen Volk und Parlament zwingend das letzte Wort haben.

SVP. Der UNO-Sicherheitsrat ergreift in Konflikten Partei, verhängt Boykotte und ist verantwortlich für militärische Interventionen. Für die neutrale Schweiz ist es deshalb keinesfalls möglich, sich in diesem Gremium zu betätigen.

Ebenso wäre mit einem solchen Schritt auch die Fortführung der Tradition der «Guten Dienste» in Frage gestellt. Die SVP ist deshalb klar gegen

eine Einsitznahme der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat.

Völlig unverständlich ist für die SVP, dass nach Meinung der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates zu einem Entscheid von dieser Tragweite weder das Volk noch das Parlament ein Mitspracherecht haben sollen. Sie wird sich weiterhin mit Nachdruck für ein solches Mitspracherecht einsetzen.

Inserieren Sie erfolgreich im «Zürcher Boten» / «Zürcher Bauern»  
**print-ad kretz gmbh**  
Tel. 044 924 20 70 · Fax 044 924 20 79

**Parolen zur Volksabstimmung vom 3. März 2013**

**Eidgenössische Vorlagen**

1. Bundesbeschluss über die Familienpolitik **NEIN**
2. Volksinitiative «gegen die Abzockerei» **JA**
3. Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz) **NEIN**

**Kantonale Vorlagen**

1. A. Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule **JA**
1. B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten **NEIN**
1. C. Stichfrage **Vorlage A**
2. Steuergesetz (Änderung Steuersätze der Grundstückgewinnsteuer) **JA**
3. Mittelschulgesetz (Änderung Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen) **NEIN**
4. Beschluss des Kantonsrates über die Behandlung der Einmaleinlage und der Arbeitgeber-Beiträge zur Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal beim mittelfristigen Ausgleich **NEIN**



## KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

### Gesundheitsdebatte im Kantonsrat

An der ersten Sitzung des Kantonsrats im neuen Jahr wurde eine Vielzahl von Gesetzen und Vorstössen zum Thema Gesundheit verabschiedet. Zudem versuchte die Ratslinke mit einem Rückkommensantrag die Untergrenze der Prämienverbilligung zu reduzieren.



YVES SENN  
KANTONS RAT SVP  
WINTERTHUR

Mit einem Rückkommensantrag versuchte die SP die beschlossene Untergrenze der Prämienverbilligung von 200 Franken auf 100 Franken zu reduzieren. Willy Haderer (SVP, Unterengstringen) stellte klar, dass die Auszahlungsgrenze nicht einseitig im Krankenversicherungsgesetz geändert werden kann. Ein viel grösserer Ärger sei, dass der Kanton Zürich bei der Rückvergütung der Krankenkasse 400 Millionen zu viel einbezahlt habe und nichts gemacht werde, um diese Sache wieder auszugleichen.

Das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz sei am 1. Januar 2001 in Kraft getreten und habe sich seither grundsätzlich bewährt. Die letzte Teilrevision sei im Zusammenhang mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen erfolgt. Am 19. März 2010 hätten die eidgenössischen Räte zwei Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung geändert: Einerseits sei das Verfahren der Verlustscheinübernahme bei unbezahlten Prämien der obligatorischen Krankenversicherung neu geregelt worden und andererseits seien die Kantone verpflichtet worden, die Prämienverbilligung nach einem einheitlichen, technisch standardisierten Verfahren direkt an die Krankenversicherer auszu zahlen.

Die neuen Bestimmungen, die am 1. Januar 2012 in Kraft treten werden, würden auch Anpassungen im kantonalen Ausführungsrecht bedingen. Bei Gelegenheit dieser Teilrevision sollten überdies die Zuständigkeiten beim Vollzug des Krankenversicherungsobligatoriums klarer gefasst, die in einem Urteil des Sozialversicherungsgerichts als teilweise verfassungswid-

rig bezeichnete Regelung der Bemessungsgrundlagen für die Prämienverbilligung revidiert und die Datenschutzbestimmungen mit den Anforderungen des Gesetzes über die Information und den Datenschutz in Übereinstimmung gebracht werden. Dem Gesetz wurde in der zweiten Lesung ohne die beantragte Änderung der SP zugestimmt.

#### Suizidprävention

Mit einem Postulat forderten Grüne, SP und CVP den Regierungsrat auf, über die Suizidprävention im Kanton Zürich zu berichten, ein Suizidpräventionskonzept zu erarbeiten, zu realisieren und dessen Wirksamkeit zu überprüfen. Der Regierungsrat erläuterte in einem 70-seitigen Bericht, dass im Kanton Zürich ein ausgesprochen gutes und flächendeckendes Beratungs- und Unterstützungsangebot besteht, welches direkt oder indirekt einen Beitrag zur Suizidprävention leistet. Ausgehend von der zahlenmässigen Bedeutung des Suizids als Todesursache und den rechtlichen Rahmenbedingungen orientiert sich der Expertenbericht an einem Fünf-Säulen-Modell für die Suizidprävention. Das Postulat wurde abgeschrieben.

#### Psychopharmaka

Mit einem Postulat forderten Grüne, SP und SVP den Regierungsrat auf, die von der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) vorgeschlagene Nachfolgestudie zum Einsatz von Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen, wie sie im Bericht «Interventionen bei psychischen Störungen von Kindern und Jugendlichen», Mai 2010, vorgeschlagen wird, unverzüglich in Auftrag zu geben. Die Studie zeigt Aspekte derjenigen Krankheiten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auf, die üblicherweise mit Psychopharmaka behandelt werden. Sie analysiert zudem die Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit der Psychopharmakabehandlungen bei den drei häufigsten für eine Psychopharmakotherapie indizierten psychischen Krankheiten des Kindes- und Jugendalters. Es bleibt laut ZHAW-Studie deshalb offen, wie psychische Probleme von Kindern und Jugendlichen in der Praxis behandelt werden.

Die Forschenden schlagen zwar kein Monitoring, aber eine andere sinnvolle Nachfolgestudie vor, die exemplarisch am Beispiel des Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitäts-Syndrom (ADHS) aufzeigen soll, wie die Verbreitung dieser psychischen Störungen unter Kindern und Jugendlichen im Kanton Zürich ist. Es gibt wenige aktuelle und publizierte oder wenigstens zugängliche Daten zur Häufigkeit psychischer Störungen unter Kindern und Jugendlichen und den damit verbundenen Interventionen. Zudem fehlen unabhängige Untersuchungen, welche die (langfristige) Zunahme von Wohlbefinden bei den Betroffenen nach Interventionen überprüfen und belegen. Es existieren jedoch viele unüberprüfte Alltagstheorien und Hypothesen. So besteht der Verdacht, dass die Zunahme von Psychopharmakaabgaben mit der Unfähigkeit der Schule zu tun habe, bewegungsfreudigen Knaben (und manchmal auch Mädchen) das nötige Umfeld zu bieten, und sie deshalb mit Psychopharmaka ruhig gestellt würden. Eine weitere Alltagstheorie ist die Idee, dass das Marketing und die Verkaufslust von Pharmafirmen Ärzte und Ärztinnen zur vorschnellen Abgabe von Psychopharmaka motiviere, ohne dass eine genaue Problemanalyse vorgenommen werde und nichtmedizinische Massnahmen ausreichend geprüft würden.

Es ist die Aufgabe des Kantons Zürich, solche gravierenden Vorwürfe ernst zu nehmen, sie zu widerlegen oder entsprechende Risikominimierungen vorzunehmen. Der Kantonsrat überwies das Postulat mit 106 zu 54 Stimmen.

### KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

#### Eine saubere Abklärung – das ist alles



CLAUDIO ZANETTI  
KANTONS RAT SVP  
ZOLLIKON

Der Kantonsrat will wissen, wie viele Kinder im Kanton Zürich vom Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitäts-Syndrom ADHS betroffen sind und wie diese behandelt werden.

Er überwies zu diesem Zweck ein Postulat von SP und SVP mit der Forderung nach einem entsprechenden Bericht.

Genauer gesagt geht es um einen Anschlussbericht, denn in einer früheren Untersuchung verzichtete der sonst nicht gerade für seine Sparsamkeit berühmte Regierungsrat aus Kostengründen auf eine vertiefte Analyse der Situation im Kanton Zürich. Das soll nun nachgeholt werden.

Der Entscheid ist aus Sicht der SVP zu begrüßen, setzte sich die Volkspartei doch schon seit Jahren für einen

verantwortungsvollen Einsatz von Ritalin und anderen Substanzen an den Zürcher Schulen ein. In der sachlich geführten Debatte machten alle Referenten klar, dass es nicht um eine Verfehlung solcher Substanzen gehe, und dass deren Einsatz durchaus sinnvoll sein könne. Es könne aber nicht sein, das Psychopharmaka verabreicht würden, nur weil Jugendliche sich nicht immer nach dem 08/15-Schema verhalten.

Vorgeschlagen ist zwar kein umfassendes Monitoring, aber eine andere sinnvolle Nachfolgestudie, die exemplarisch am Beispiel des Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitäts-Syndrom (ADHS) aufzeigen soll, wie die Verbreitung dieser psychischen Störungen unter Kindern und Jugendlichen im Kanton Zürich ist.

Wenn deren Ergebnisse vorliegen, wird man mit der nötigen Umsicht über allfällige Massnahmen diskutieren können.

### DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... dem Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz zugestimmt. ☺
- ... dem Zusatzleistungsgesetz zugestimmt. ☺
- ... ein Postulat betreffend Suizidprävention abgeschrieben. ☺
- ... dem Gesundheitsgesetz zugestimmt. ☺
- ... ein Postulat betreffend Nachfolgestudie zum Einsatz von Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen überwiesen. ☺
- ... ein Postulat betreffend Unabhängige Beschwerdestelle für in Heimen lebende Menschen und deren Angehörige abgelehnt. ☺
- ... ein Postulat betreffend neues Versorgungsmodell in der Geburtshilfe abgelehnt. ☺
- ... ein Postulat betreffend Grenzüberschreitende Gesundheitspolitik abgelehnt. ☺
- ... eine Interpellation betreffend Leistungsstopp bei säumigen Zahlern von Krankenkassenprämien mit Diskussion erledigt. ☺
- ... ein Postulat betreffend Erstellung einer Studie mit dem Ziel der Erarbeitung von ethischen Richtlinien und Qualitätsstandards für die Betreuung und Pflege von Menschen mit Demenz abgelehnt. ☺
- ... ein Postulat betreffend Qualitätsstandards für die Betreuung und Pflege von Personen mit Demenzerkrankung abgelehnt. ☺

14. Januar 2013

### ORDENTLICHE SVP-DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN ALTRÜTI BEI GOSSAU

#### Ein knappes Ja zur Minderinitiative – Nein zur Hauswirtschafts-Vorlage

An ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung vom vergangenen Dienstag in Altrüti bei Gossau haben die Delegierten nach längerer Diskussion die Initiative gegen die Abzockerei angenommen. Nein sagten sie zur Verlegung der Hauswirtschaftskurse an das Untergymnasium.

rw. Parteipräsident Alfred Heer musste eine reich befrachtete Traktandenliste abtragen. Er gab in seiner Standortbestimmung unter anderem bekannt, dass die Kantonalpartei anlässlich einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 19. März die Lancierung einer Eidgenössischen Volksinitiative zum «Schutz der Privatsphäre» und des Bankgeheimnisses diskutieren wird.

#### Abzockerei beschäftigt

Dass das Thema Abzockerei die Delegierten beschäftigt, war von Beginn weg zu spüren. Die SVP des Kantons Zürich hat in ihrem Parteiprogramm denn auch klare Aussagen. Darin heisst es: «Keine andere Partei vertritt Wirtschaft und Gewerbe so konsequent und kompetent wie die SVP. Denn die grosse Mehrheit ihrer Volksvertreter im Nationalrat wie im Zürcher Kantonsrat sind selbständig Erwerbende und in der Privatwirtschaft Tätige. Die SVP will das Aktienrecht revidieren, um Lohnexzesse zu verhindern und das private Eigentum vor Manager-Raubzügen zu schützen.»

#### Gegen Boni-Exzesse

Der Vater der Abzockerinitiative, der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder, führte in seinem Referat die Beweggründe für sein Volksbegehren aus. «Das Original ist immer besser», sagte er mit Blick auf den von den

Gegnern favorisierten indirekten Gegenvorschlag. Nur die Initiative schliesse Hintertüren. Es sei schliesslich wichtig, zu wissen, ob die Pensionskassen in griechische Anleihen investierten. Zu Ereignissen rund um Boni-Exzesse meinte Minder: «Wer eine Firma in den Sand setzt, muss nicht noch mit Millionen abgefunden werden.»

#### Aktienrecht ist kein Betreuungsprogramm

Nationalrat Gregor Rutz, Vizepräsident der Kantonalpartei, wandte sich gegen die Initiative. Es sei ein Erfolgsrezept für den Standort Schweiz, dass unser Gesellschaftsrecht allen juristischen Personen umfassende Selbstbestimmungsrechte überlasse. Das Aktienrecht dürfe keineswegs ein Betreuungsprogramm für überforderte Aktiennhaber werden. Wer dem Aktionär mehr Freiheit geben wolle, müsse die Initiative ablehnen und damit dem bereitliegenden indirekten Gegenentwurf zum Durchbruch verhelfen.

In der Diskussion meldeten sich Befürworter und Gegner der Initiative zu Wort. Der Stadtzürcher Kantonsrat Karl Zweifel zum Beispiel sprach von Leuten, die die Volkswirtschaft ruinierten. Wem die Initiative nicht passe, der könne ja selbständig werden. Aber auch die Gegner wandten sich zu Wort. So warnten mehrere Votanten, darunter Parteileitungsmitglied Tho-

mas Matter, dass den Pensionskassen nach Annahme der Initiative ein teurer bürokratischer Leerlauf drohe.

Nach einem Ordnungsantrag von Werner Wunderli, Meilen, wurde die Diskussion beendet. In der nachfolgenden Abstimmung unterstützten die SVP-Delegierten die Minder-Initiative mit 119 gegen 106 Stimmen bei 9 Enthaltungen.

#### Nein zur Verlegung der Hauswirtschaftskurse

In der zweiten kontradiktorischen Auseinandersetzung wurde die Vorlage zur Änderung des Mittelschulgesetzes und damit die Hauswirtschaftskurse an den Mittelschulen diskutiert. Darüber wird wegen eines Behördenreferendums abgestimmt. Kantonsrat und Sekundarlehrer Matthias Hauser (Hüntwangen) setzte sich für die Vorlage ein. Mit der Verlegung der Kurse werde vermieden, dass Schüler, die ins Kurzgymnasium übertreten und die bereits in der Sekundarschule in Hauswirtschaft unterrichtet wurden, zweimal eine hauswirtschaftliche Ausbildung erhalten. SVP-Kantonsrätin und Bäuerin Margreth Rinderknecht (Wallisellen) forderte dagegen, dass der «Husi-Unterricht» weiterhin im 4. oder 5. Gymnasium stattfinden müsse. Die Verschiebung ins erste Gymnasium sei mit grossem Qualitätsabbau verbunden. Die Delegierten

folgten dieser Argumentation und sagten mit 114 gegen 83 Stimmen Nein zur dieser Kantonsratsvorlage.

#### Zahlreiche Informationsreferate

Nebst zwei kontradiktorischen Gesprächen gab es zahlreiche Informationsreferate zu allen anderen, teilweise ebenfalls bedeutenden Vorlagen. Diese Parolen hatte bereits der Kantonalvorstand am 8. Januar gefasst (siehe Parolenkasten Seite 2). Nationalrat Jörg Stahl vertrat die Nein-Parole zum eidgenössischen Familienartikel. Kantonsrat Martin Arnold (Oberrieden) setzte sich gegen das Raumplanungsgesetz ein. Auf kantonaler Ebene stand das Referat von Kantonsrat Claudio

Zanetti (Zollikon) gegen die Verrechnung der Einmaleinlage im Zentrum. Die Neuregelung der Grundstücksgewinnsteuern vertrat Kantonsrat Hans-Heinrich Raths (Pfäffikon). Schliesslich stellte Kantonsrat Rochus Burtcher die Neuregelung bei den Schulleitern vor. Die Redaktion des «Zürcher Boten» wird auf diese Referate in den kommenden Wochen zurückkommen.

Die Delegiertenversammlung in der Altrüti, an der wegen der Abzockerinitiative zahlreiche Medienvertreter teilnahmen, wurde von der SVP Bezirk Hinwil unter der Leitung ihres Präsidenten Martin Suter organisiert. Musikalisch schmissig eröffnet wurde der Anlass von der Buuremusig Gossau.

#### SVP-Volksinitiative zur Abschaffung der Härtefallkommission

Kantonsrätin Barbara Steinemann (Watt) stellte an der SVP-Delegiertenversammlung die Kantonale Volksinitiative «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit unregelmäßigem Aufenthaltsstatus» vor. Abgewiesene Asylsuchende verfügen über ein reiches Instrumentarium an Rechtsmitteln, um gegen Entscheide über die Verweigerung des Asyls vorzugehen und damit den Ausweisungsvollzug abzuwenden oder zu verzögern. Der Kanton Zürich schuf mit der Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende noch ein weiteres Instrument. Diese war das Resultat von Verhandlungen mit Sans-Papiers, die in der Adventszeit 2008 die Predigerkirche besetzten. Es gibt keinen Grund, das von Bundesrechts wegen vorgegebene Verfahren durch eine Härtefallkommission zu ergänzen. Die 250 anwesenden Delegierten sagten einstimmig Ja zur Lancierung dieser SVP-Volksinitiative. Der Start des Volksbegehrens ist der 18. Januar 2013, der Tag der Albigüetliatung.



TONI BRUNNER ZU GAST BEI DER SVP ANDELFINGEN

## Keine Berührungsängste mit der Parteibasis

Am traditionellen Neujahrsessen der SVP Andelfingen am Freitagabend in der Spätzlipfanne wagte der Präsident der SVP Schweiz, Toni Brunner, einen Ausblick auf die anstehenden politischen Schwerpunkte.

RoMü. «Ich komme gerne in diese Region, wo die SVP einen derart hohen Wähleranteil hat», hielt Toni Brunner einleitend in seinem Gastreferat fest. Bereits beim Apéro nutzte der Parteipräsident aus dem Toggenburg die Gelegenheit, sich ohne Berührungsängste mit den über 50 Teilnehmern auszutauschen.

Dieses Bad in der Menge und die enge Tuchführung mit der Basis scheint dem Nationalrat durchaus sehr zu behagen, und er findet auch entsprechend rasch den Kontakt mit den Gästen. Er zeigte sich mit Blick auf die letzten Wahlen durchaus zufrieden.

So sind diese in den Kantonen Schaffhausen, Aargau, Baselstadt oder auch in Bern durchaus gut verlaufen. Zudem sind innert 5 Monaten über 155 000 Unterschriften für die von der SVP lancierte Durchsetzungsinitiative gesammelt worden. Lob erhielt auch der neue Bundesratspräsident Ueli Maurer für seine patriotische Rede zum neuen Jahr. «Mit ihm ist erstmals ein bekennender EWR- und EU-Gegner in diesem Amt» so Brunner.

Bereits am 3. März stehen wichtige Geschäfte bei den nationalen Urnengängen an. Brunner verwies insbesondere auf den Familienartikel. «Mit diesem neuen Verfassungsartikel soll wohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geregelt werden.» Doch Brunner warnte, dass er unermessliche Begehrlichkeiten für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung wecke. Brunner setzt dabei auf die eigene lancierte Initiative womit Familien, welche ihre Kinder selber erziehen und damit auf Einkommen verzichten, steuerlich nicht gegenüber jenen, welche ihre Kinder in Krippen geben, benachteiligt werden sollen. «Der Staat darf



Bezirksrat Ernst Meyer mit Parteipräsident Toni Brunner und Bundesrichterin und Sektionspräsidentin Alexia Heine.

sich nicht in die Familie einmischen», machte Brunner deutlich.

### Bundesratswahl durch das Volk

Im Juni folgt wiederum ein spannender nationaler Urnengang, wo das Schweizer Volk über die Volksinitiative für die Volkswahl des Bundesrates befinden wird. «Die SVP musste in den letzten Bundesratswahlen immer wieder zur Kenntnis nehmen, dass die anderen Parteien ihre offiziellen Kandidaten nicht unterstützten», so Brunner.

Entsprechend kann eine Volkswahl des Bundesrates die Ausgangslage der SVP nur verbessern. Er traut dem Volk durchaus zu, die richtigen Kandidaten aus den von den Parteien aufgestellten

Kandidaten zu wählen. Kritik äusserte Brunner an der vom Bundesrat lancierten Energiestrategie 2050. Brunner forderte hier, dass alle, welche immer wieder neue Vorschläge machen, selber in die Pflicht genommen werden und diese nicht nur anderen auferlegen wollen.

Schlussendlich kam Brunner auch auf die weitere Zusammenarbeit mit der EU zu sprechen. Er zeigte sich besorgt, dass gewisse Kreise bestrebt sind, sich am Volk vorbei an die EU anzunähern und damit die Volksrechte auszuhöhlen. «Es braucht wieder mehr Standhaftigkeit und Selbstbewusstsein gegenüber der EU», hielt Brunner abschliessend mit Blick auf den angestauten Druck aus der EU aus.

## LESERBRIEFE

### Ist die Einwanderung wirklich ein Erfolgsmodell?

«Die Einwanderungspolitik der Schweiz ist ein Erfolgsmodell»  
«NZZ» am Sonntag, 6. Januar 2013,  
Beat Kappeler

In höchsten Tönen und in rosaroten Farben lobt der ehemalige Gewerkschaftssekretär die Einwanderungspolitik der Schweiz als Erfolgsmodell. Voll des Lobes für die Zugezogenen, das eigentlich darin gipfelt, dass er die Ausländer den Schweizern gleichstellt, so als hätten sie die gleichen Vorfahren, die unser Land zu dem machten was wir heute bewohnen dürfen.

Am Schluss und auf kleinstem Raum bemüht sich Beat Kappeler dann doch noch mit dem Satz: «die Idylle der modernen Schweiz als Treff der Arbeitswilligen hat allerdings noch einige raue Stellen», ansonsten wär seine Kolumne – erdichtet im Elfenbeinturm – für diesmal endgültig zum einseitigen, ja einfältigen «Mein Standpunkt» degradiert.

Aber was stimmt denn nun?

Gegen Ende November letzten Jahres verkündete die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF), dass sich der freie Personenverkehr kaum auf den Wohlstand in der Schweiz ausgewirkt hat. Heisst auch, wenn die Schweiz den freien Personenverkehr nicht eingeführt hätte, wäre der Wohlstand etwa in gleichem Umfang gestiegen. Was, frage ich mich, hat unserem Land dann die Nettozuwanderung von gegen 400 000 Personen in den letzten fünf Jahren tatsächlich gebracht?

Meine Antwort etwas vereinfacht ausgedrückt: eine ungleiche Verteilung von Nutzen und Kosten. Vom Nutzen mögen viele Arbeitgeber profitieren, die Mehrkosten aber werden auf sämtliche Steuerzahler verteilt. Man denke beispielhaft an die exorbitant steigenden Sozialkosten (Fürsorgebezüge und Ergänzungsleistungen), durch viele Ausländer verursacht, die bis anhin praktisch keinen Rappen an unsere Sozialsysteme entrichtet haben.

Schlimmer als die explodierenden Kosten für Gemeinwesen und Infrastruktur finde ich die Haltung jener Politiker, die für eine unkontrollierte Einwanderung plädieren und gleichzeitig zu Kenntnis nehmen, dass die Mehrheit der Schweizer Bürger mit diesem Zustand bzw. Gedränge nicht einverstanden ist.

Viele von ihnen haben sich zu eigentlichen Wendehälsen oder Janusköpfen entwickelt. Sie loben die Personenfreizügigkeit unaufhörlich als Erfolgsmodell.

Auf der andern Seite aber spüren sie die unzufriedenen Bürger bzw. Wähler im Nacken, die täglich miterleben, wie unsere Kultur und unsere Identität wegen der Masseneinwanderung auf der Strecke bleiben.

Ob da – wie von Beat Kappeler vorgeschlagen – die Raumplanung bzw. verdichtetes Bauen allein weiter hilft? Wohl kaum.

Karl Meier-Zoller,  
Effretikon

### Zur Abzocker-Initiative

Artikel von Hans-U. Lehmann,  
«Zürcher Bote» Nr. 1/2 vom 11.01.2013

Den Ausführungen von Hans-U. Lehmann im ersten «Zürcher Boten» des neuen Jahres, worin für die Minder-Initiative geworben wird, kann ich mich vollumfänglich anschliessen. Wir diskutierten kürzlich im privaten Bekanntenkreis das Thema Abzocker, und wir alle waren uns darin einig, dass diese Vorlage unsere volle Unterstützung verdient. Die Gegenseite

kommt mit Argumenten, die bei uns geradezu Heiterkeit auslösen. Man müsse dem Gegenvorschlag zustimmen, damit es schnell vorwärts gehe! Erstens stimmt das ohnehin nicht, und zweitens wurde das Geschäft in Bern jahrelang auf schändliche Weise absichtlich hinausgezögert. Wenn uns nun die gleichen dafür verantwortlichen Kreise weismachen wollen, es liege ihnen das rasche Inkrafttreten der Änderungen am Herzen, so kann man wirklich über solche Scheinheiligkeit

nur noch lachen. Ich fürchte, das SVP-Fussvolk, zu dem ich mich auch zähle, wird allfälligen Nein-Empfehlungen der Parteileitung kaum folgen. Im Gegenteil: es gab in unserem Diskussionsgrüppchen Drohungen Richtung Fahnenflucht, wenn da jetzt nicht endlich einmal ein Zeichen gesetzt werde, inklusive Parteiparole. Für mich jedenfalls steht fest: Minder-Initiative JA, Gegenvorschlag NEIN.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Öffentliche Podiumsveranstaltung zur  
eidgenössischen Abstimmung vom 03. März 2013



Winterthur, im Januar 2013

### Podiumsgespräch vom Dienstag, 05.02.2013 zur Abstimmung über die Minder-Initiative

Ort: Werkstatthalle Burckhardt Compression AG – Industriepark Sulzer Oberwinterthur  
Im Link 5 – 8404 Winterthur

Zeit: 18.30 Uhr

Parkplätze: vorhanden

Pro: Marcel Hablützel, Unterstützungskomitee, 8408 Winterthur

Kontra: Valentin Vogt, VR Präsident Burckhardt Compression Holding AG/  
Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Moderation: Stefan Nägeli, Programmleiter Tele Top AG

Einladung durch SVP Stadt und Winterthur Land

Anschliessend an die Veranstaltung  
wird ein Apéro offeriert.

Wir freuen uns auf viele interessierte Teilnehmer.



### Schulung zu den Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2013

Am 3. März 2013 stimmt das Schweizer Stimmvolk neben der Minder-Initiative auch über Familienpolitik (Krippenangebot in Verfassung verankern) und Raumplanung ab. Auf kantonaler Ebene wird abgestimmt über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule (inkl. Gegenvorschlag), die Steuersätze der Grundstückgewinnsteuer, Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen sowie über die wichtige finanzpolitische Vorlage der Verbuchung der Einmaleinlage BVK beim mittelfristigen Ausgleich.

Referenten: Nationalrat Gregor Rutz, alt Nationalrat Ueli Schlüer,  
Kantonsrat Claudio Zanetti, Parteisekretär Reinhard Wegelin

Schulung: **Mittwoch, 23. Januar 2013**, Parteisekretariat der SVP des  
Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf (4. Stock)

Dauer: Von 19.30 bis ca. 21.30 Uhr

### Anmeldetalon Schulung zu den Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2013

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Ich melde folgende Anzahl Personen zur Schulung an \_\_\_\_\_

Bitte Anmeldetalon retournieren **bis 20. Januar 2013** an das  
SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf  
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



## Überparteiliches Komitee sagt Nein zum Frisieren der Kantonsfinanzen

Ein überparteiliches Komitee aus Vertretern der grünliberalen (glp), der Jungfreisinnigen und der SVP Kanton Zürich hat am Mittwoch die Argumente gegen die Verbuchung der Einmaleinlage im Zusammenhang mit der Beamtenversicherungskasse (BVK) vorgestellt. Das Komitee wehrt sich gegen das Frisieren der Kantonsfinanzen mittels eines Verbuchungstricks. Der mittelfristige Ausgleich sei konsequent anzuwenden und nicht nur dort, wo es der Regierung passe.

### Für geordnete öffentliche Finanzen und Einhaltung der Rechtsordnung



NATIONALRAT  
GREGOR RUTZ  
VIZEPRÄSIDENT SVP  
KÜSNACHT

Am 2. April 2012 hat der Zürcher Kantonsrat die Missstände der BVK diskutiert. Zu diesem Zeitpunkt lag noch nicht einmal ein Zwischenbericht der entsprechenden Parlamentarischen Untersuchungskommission vor. Unsere Fraktion hat im Rahmen der besagten Debatte wiederholt darauf hingewiesen, dass es unbefriedigend ist, Sanierungsbeiträge in Milliardenhöhe zu sprechen, ohne die von der PUK aufgearbeiteten Ursachen und Hintergründe der finanziellen Schäden zu kennen. Wer einen Betrieb sanieren muss, tut gut daran, zuerst die Ursachen der Schiefelage zu erforschen. Warum die Regierung dies nicht tun wollte, wurde im Verlauf der parlamentarischen Diskussion immer offensichtlich.

Schon im Frühjahr warf die Eile, mit welcher das Traktandum BVK behandelt werden sollte, viele Fragen auf. Trotzdem hat damals eine Ratsmehrheit das hektische Vorgehen der Exekutive gestützt und den Antrag der SVP, die Debatte um zwei Monate zu verschieben, um einen Zwischenbericht der PUK einzufordern, abgelehnt. Die Mehrheit des Kantonsrates wollte die Sanierung der BVK diskutieren, bevor irgendwelche Erkenntnisse aus den Reihen der PUK vorlagen.

#### SVP hat Sanierungsbeitrag unterstützt

Unsere Fraktion hat am 2. April – ohne Begeisterung – der Einmaleinlage zugestimmt. Dies im Wissen darum, dass die Situation nicht besser wird, wenn man die Sanierung hinauszögert. Wir haben aber deutlich darauf aufmerksam gemacht, dass wir die verfassungswidrige Verbuchung dieser Einmaleinlage nicht akzeptieren werden: Es wider-

ten sind da, um die Rechte und Interessen der Stimmbürger zu schützen. Diese Fristen sollen verhindern, dass Vorlagen verschleppt oder Initiativen aus politischen Gründen nicht traktandiert werden. Es soll verhindert werden, dass die Abstimmungsplanung zum Spielball politischer Interessen wird.

Die gesetzlichen Grundlagen sind klar: §59 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) schreibt vor, dass Abstimmungen innert sieben Monaten seit Feststellen des Zustandekommens eines fakultativen Referendums durchgeführt werden müssen. Diese Frist lief – so bestätigte es auch die kantonale Verwaltung – im Januar 2013 ab. Nachdem der Regierungsrat sich weigerte, die Vorlage zur Verbuchung des mittelfristigen Ausgleichs am 25. November an die Urne zu bringen, gelangt sie nun am 3. März 2013 an die Urne. Damit ist die erwähnte gesetzliche Frist verletzt.

#### Rechte der Stimmbürger schützen

Dies ist ein Skandal. Die SVP-Fraktion hielt am 17. September im Rahmen einer Fraktionserklärung unmissverständlich fest:

- Die im Gesetz über die politischen Rechte festgehaltenen Fristen sind zum Schutz des Stimmbürgers erlassen worden. Das Gesetz enthält darum Fristen, damit die Abstimmungsplanung nicht durch politische Taktik und Winkelzüge belastet wird.
  - Der Regierungsrat hat diese Fristen zu beachten.
  - Der Regierungsrat muss auf seinen Beschluss vom 30. August zurückkommen und die Teilvorlage B der BVK (Einrechnung der Einmaleinlage in den mittelfristigen Ausgleich) am 25. November traktandieren.
- Auf diese Forderung ist der Regierungsrat bekanntlich nicht eingetreten. Dies passt zur Art und Weise, wie die BVK geführt wurde, wie die Sanierungsdebatte traktandiert und geführt wurde und wie mit den kantonalen Fi-

meiden.» (...) «Der Golderlös hat es dem Kanton Zürich somit erlaubt, sowohl drastische Einschnitte in sein Leistungsniveau als auch Steuererhöhungen zu vermeiden. Insofern sind diese Mittel direkt der ganzen Bevölkerung zugute gekommen.»

Damit stellt sich die Frage, ob der Golderlös zur Sanierung der BVK verwendet werden dürfe, also nicht – weil es den Golderlös gar nicht mehr gibt. Wer den Antrag der Regierung genau gelesen hat, hat aber gesehen, dass die Regierung auch nie explizit vom Golderlös selbst spricht, sondern lediglich von einer Summe «in der Höhe des Anteils des Kantons Zürich an der einmaligen Ausschüttung des Golderlöses». Begründet wird die Ausnahme vom mittelfristigen Haushaltsausgleich mit dem Vorliegen einer «ausserordentlichen Belastung» – und nicht etwa mit der Natur des Golderlöses als ausserordentlicher Ertrag.

Die Frage, welche uns die Regierung stellt, ist also die folgende: Soll es in Zeiten, wo eine ausserordentliche Belastung vorliegt, erlaubt sein, die Bestimmung zum mittelfristigen Ausgleich zu relativieren bzw. Ausnahmen zu erlauben?

#### Finanzpolitische Leitplanken der Verfassung einhalten

Art. 123 KV schreibt vor, dass der Kanton seinen Finanzhaushalt mittelfristig auszugleichen hat: Während einer Pe-

**Nationalrat Thomas Maier, Präsident Grünliberale Kanton Zürich**, betonte an der gemeinsamen Medienkonferenz, dass der Finanzhaushalt keine weiteren Schulden anhäufen dürfe. Die Vorlage vom 3. März verletze die grundlegenden Funktionen und Spielregeln, wie im Kanton Zürich budgetiert, der Haushalt geführt, abgerechnet und nach aussen transparent gemacht werde. Dass die Regierung es ablehnte, die Einmaleinlage dem mittelfristigen Ausgleich zuzurechnen, habe einzig mit dem fehlenden Willen, das ständige Aufgabenwachstum endlich zu bremsen, zu tun. «Warum sollen jetzt genaue Regeln, wenn sie nicht mehr angenehm sind, sondern eventuell etwas weh tun können, plötzlich geändert werden?», fragte Maier.

riode von sieben Jahren muss die Erfolgsrechnung ausgeglichen sein. So wurde es im Verfassungsrat diskutiert, so hat es der Verfassungsgeber beschlossen.

Im November 2008 hat die Bevölkerung den Grundsatz, dass auch ausserordentliche Beträge – seien es Ausgaben oder Einnahmen – in den mittelfristigen Ausgleich einzurechnen sind, mit der Ablehnung der Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft auf Kosten unserer Kinder» noch einmal bestätigt. Beim Artikel 123 der Kantonsverfassung handelt es sich um eine Schuldenbremse. Um eine typische Vorschrift, welche dem Parlament und der Regierung finanzpolitische Leitplanken setzt.

Das Kantonsparlament kann darüber streiten, welche Ausgaben sinnvoll sind und welche nicht. Der Kantonsrat kann darüber diskutieren, ob KEF-Erklärungen für die Regierung verbindlich sein sollen oder nicht. Änderungen an der

Kantonsverfassung aber kann der Rat nicht vornehmen – dazu fehlt dem Parlament die Kompetenz. Der Antrag der Regierung, die Einmaleinlage im Umfang von 1,6 Mia. Franken vom mittelfristigen Ausgleich auszunehmen, kommt einer Änderung des oben beschriebenen Verfassungsgrundsatzes gleich. Änderungen der Kantonsverfassung aber sind gemäss Art. 32 KV zwingend dem Volk zu unterbreiten.

Aus diesem Grund stellte die SVP-Fraktion einen Antrag auf Teilrückweisung der Teilvorlage B und stellte bereits damals das Behördenreferendum in Aussicht, über welches wir am 3. März zu befinden haben. Sollen die finanzpolitischen Grundsätze der Kantonsverfassung eingehalten werden oder nicht?

Dieser Entscheidung haben die Stimmbürger in der Hand. Dass die Mehrheit der Kantonsregierung diese Grundsätze offenbar aufgegeben hat, stimmt bedenklich.

### BVK-Debakel darf nicht mit weiteren Verbuchungstricks fortgesetzt werden



NATIONALRAT  
ALFRED HEER  
PARTEIPRÄSIDENT  
SVP KANTON ZÜRICH

Die Geschichte des Malaises der BVK ist eine Abfolge von Faulheit, Dummheit, mangelnder Kontrolle, Ignoranz und parteipolitisch bedingtem Wegschauen. Die SVP hat, was die BVK betrifft, nie weggeschaut, sondern genau hingeschaut. Hätte die Mehrheit des Kantonsrates, der Regierungsrat, darunter auch der eigene, welcher bei seinem Rücktritt noch als Held glorifiziert wurde – und insbesondere die Subkommission Feldmann – auf die SVP gehört, wäre uns das Debakel zu einem grossen Teil erspart geblieben, respektive früher aufgedeckt worden.

Die Kantonsräte Züst und Togewiler haben die Verfehlungen klar aufgedeckt. KR Züst hat zudem den Regierungsrat darauf hingewiesen, dass man die privaten Konten von Gloor durchleuchten sollte, da kriminelle Machenschaften zu vermuten seien. Dies wurde schönöde abgelehnt, man wolle dem Chefbeamten nicht misstrauen. KR Feldmann störte sich am Stil der SVP, nur weil wir der Regierung Untätigkeit und dem Chef der BVK kriminelle Energie vorgeworfen haben.

Auch die Rolle der heutigen Finanzdirektorin wird im PUK Bericht kritisch gewürdigt. Arbeitnehmervertreter wurden in arroganter Art und Weise kalt gestellt, nur weil diese sich kritisch geäussert hatten.

#### Bequemer Regierungsrat

Die SVP hat als einzige Partei im Kantonsrat das Debakel richtig beurteilt und analysiert. Deshalb ist es heute klar, dass wir der Regierung und der Ratsmehrheit kritisch auf die Finger schauen, wenn es um die Fragen der BVK geht. Mit einer sogenannten Einmaleinlage – man darf sich fragen, ob es wirklich eine Einmaleinlage oder nur eine erste Einlage sein wird – soll nun die BVK auf solidere Füße gestellt werden. Man kann sich fragen, wieso der Steuerzahler die Sanierung der BVK berappen soll. Der Regierungsrat hat es schön, seine Verfehlungen werden nun ganz einfach auf den Steuerzahler überwälzt.

Gleichzeitig macht es sich der Regierungsrat äusserst bequem, indem er die gesetzlichen Bestimmungen über den mittelfristigen Ausgleich aushebelt und mit einem buchhalterischen Trick die Kosten mit dem Golderlös verrechnet, welcher vor etlichen Jahren in die Kassen des Kantons geflossen ist. Wir wissen es, das BVK-Debakel konnte sich wegen der Ignoranz der Regierung zur vollen Blüte entwickeln. Nun macht der Regierungsrat im gleichen Trott weiter. Die vorgeschlagene Lösung kann unter dem Titel Ignoranz, Faul- und Dummheit subsummiert werden.

Faulheit, weil notwendige Einsparungen mit dem Taschenspielertrick nicht notwendig werden, da der mittelfristige Ausgleich ausgehebelt wurde. Dummheit, weil damit die Schulden des Kantons Zürich ganz einfach steigen und Ignoranz, weil jedermann weiss, dass mit Schulden machen keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen werden.

Bei einem Budget von rund 14 Milliarden jährlich (14 000 Millionen Franken) wird es wohl noch möglich sein, Einsparungen in der Grössenordnung von jährlich 400 Mio. Franken vorzunehmen, ohne dass der Kanton Zürich zusammenbricht. Sicherlich ist dies unangenehm. Aber niemand wird behaupten, dass Einsparungen in diesem Umfang bei einer solchen Verwaltung alleine durch Effizienzsteigerungen nicht möglich sind. Dazu braucht es aber Fleiss und nicht Faulheit, Intelligenz und nicht Dummheit und vor allem ein Bewusstsein für das Sparen und nicht Ignoranz.

#### Primitives Drohszenario der Regierung

Die SVP ist erfreut, dass nicht nur wir, sondern auch die GLP und die Jungfrei-

sinnigen finanzpolitisch die gleiche Meinung teilen. Wir sind überzeugt, dass der Stimmbürger keine griechischen Verhältnisse will.

So hat es nämlich in Griechenland angefangen. Bilanzen frisieren, gesetzliche Bestimmungen ausser Kraft setzen und Schulden anhäufen. Dies ist keine verantwortungsvolle Politik. Die vorgeschlagene Lösung des Regierungsrates ist nichts anderes als Bequemlichkeit. Zudem steht noch nicht fest, ob die BVK damit wirklich saniert ist.

Dies hängt auch von der zukünftigen Börsenentwicklung ab, welche nicht vorausgesehen werden kann. Auch aus diesem Grunde braucht es eine zusätzliche Sicherheit, dass die heutigen Schulden für die Sanierung der BVK im Rahmen des mittelfristigen Ausgleichs durch Ausgabensenkungen kompensiert werden.

Das primitive Drohszenario der Regierung, dass man so viel Geld nicht einsparen kann, zeigt die Unfähigkeit und Bequemlichkeit, zu der sich auch eine Mehrheit des Kantonsrates angeschlossen hat.

Dass die Linken noch nie sparen wollten, ist sonnenklar. Dass die FDP in diesem Trauerspiel mitmacht, ist leider weniger erfreulich. Wenn die Regierung unfähig ist, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, sollten sich einige vielleicht überlegen, für was wir eine Regierung brauchen. Debakel verursachen, Schulden machen und Buchhaltung frisieren ist wahrlich keine Meisterleistung. Jede Hausfrau würde eine bessere Arbeit erledigen als dies der damalige und leider auch heutige Regierungsrat tut.

Die SVP hofft zusammen mit der GLP und den Jungfreisinnigen, dass das Volk hier ein klares Verdikt sprechen und ein Nein in die Urne legen wird.

**Andri Silberschmidt, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen des Kantons Zürich** teilte mit, dass die Jungfreisinnigen diese Vorlage ablehnen. Die Nicht-Einrechnung der BVK-Sanierung in den mittelfristigen Haushaltsausgleich (kurz BVK-Vorlage) sei nicht zu akzeptieren. Es sei völlig verantwortungslos und ungerecht, jetzt über den Verhältnissen zu leben und morgen den Jungen die Schuldenberge von heute zu überlassen. Die Nicht-Einrechnung würde bewirken, dass das BVK-Debakel bald vergessen ginge, ohne dass grundsätzliche Fragen über das Funktionieren des Kantons diskutiert, geschweige denn beantwortet würden.

**glp-Kantonsrat Jörg Mäder** kritisierte, dass nun 1,6 Milliarden Franken mit dem Golderlös verrechnet werden, damit der mittelfristige Ausgleich eingehalten werde. Diese Zweckbindung sei unseriös. Der Betrag von 1,6 Milliarden sei nicht zufällig gewählt, sondern entspreche dem Anteil des Kantons Zürich aus dem ausserordentlichen Golderlös der Nationalbank aus dem Jahre 2005. «Der Regierungsrat möchte ein ausserordentliches glückliches Ereignis, das vor über sieben Jahren stattgefunden hat, dazu nutzen, um das durchaus absehbare BVK-Debakel möglichst ruhig über die Bühne zu bringen.», sagte Jörg Mäder.

spricht den Bestimmungen der Kantonsverfassung, die 1,6 Mia. Franken vom mittelfristigen Ausgleich auszunehmen.

Die Verrechnung mit dem Gold-Ertrag der SNB ist ein plumper buchhalterischer Trick, um den Spardruck zu mildern und der Kantonsregierung mehr finanzielle Freiheiten zu verschaffen. Ohne dass die Stimmbürger dies je so gewollt hätten. Gegen diesen Beschluss hat die SVP-Fraktion das Behördenreferendum ergriffen.

Nach den Beschlüssen vom 2. April verflieg plötzlich jede Eile. Das Traktandum BVK schien für die Regierung erledigt. Die Abstimmung über die Verbuchung der Einmaleinlage fand weder am 23. September noch am 25. November statt. Die Hintergründe waren durchsichtig: Der Regierungsrat wusste, dass der buchhalterische Trick mit der Ausnahme der Einmaleinlage vom mittelfristigen Ausgleich zu unangenehmen Diskussionen führen würde. Diese Debatte wollte die Regierung nicht gleichzeitig mit der Diskussion über den PUK-Bericht führen, welcher auch gravierende Mängel und Fehler der Exekutive aufzeigte.

#### Gesetz über die politischen Rechte verletzt

Nun ist der Regierungsrat punkto Abstimmungsplanung aber nicht ganz frei. Es gibt gesetzliche Fristen. Diese Fris-

nanzen im Allgemeinen umgegangen wird: wenig sorgfältig.

#### Mittelfristiger Ausgleich in Frage gestellt

Die Vorlage, über welche die Stimmbürger am 3. März zu befinden haben, betrifft eine finanzpolitische und verfassungsrechtliche Frage. Es geht hier nicht um die BVK-Sanierung im engeren Sinn, sondern um die Frage, wie die beschlossenen Beträge korrekt zu verbuchen sind. Die Kantonsregierung beantragt, dass die Einmaleinlage «im Umfang von 1,6 Mrd. Franken» bei der Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs gemäss §4 des Gesetzes über Controlling und Rechnungswesen (CRG) «nicht in den mittelfristigen Haushaltsausgleich» eingerechnet wird. Der durch den Regierungsrat hergestellte Zusammenhang zwischen der BVK und dem Golderlös erstaunt, denn der besagte Golderlös ist bekanntlich längst verbraucht worden.

Im Bericht zur Vorlage 4414 (Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder») führt die Regierung aus: «Mit seinem Entscheid, den Golderlös in den mittelfristigen Ausgleich einzurechnen, wollte er [der Regierungsrat] vielmehr die notwendigen Massnahmen zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs im Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 abfedern und Härten ver-



## Fadegrad

## Die alten Paffer sind gesund



VON BRUNO SIDLER

In einer kürzlichen Gemeinderatsdebatte meinte ein linker Votant: «Die alten Paffer sind gesund und munter und haben keine Schäden». Cannabis sei weniger schädlich als Alkohol und Nikotin, darum dürfe es bedenkenlos allen abgegeben werden. Aufgrund eines Vorstosses der Grünen wurde emotional über die Entkriminalisierung der Droge Cannabis diskutiert. Selbstverständlich war aber die absolute Legalisierung einer weiteren gefährlichen Droge gemeint.

Gemäss Vorstoss legte der Stadtrat einen Bericht vor, wie er sich in dieser Sache verhalten will. Der Rat hatte den Auftrag, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen. Es ist unglaublich, wie dieser Anlass missbraucht wurde, um jene drogenpolitischen Massnahmen in dieser Stadt in alle Himmel zu loben, die einzig dazu führen, die Betroffenen in ihrem Suchtverhalten zu belassen. Zum Glück lässt die eidgenössische Gesetzgebung einen Pilotversuch mit kontrolliertem Verkauf von Cannabis nicht zu.

So weit so gut. Das hielt aber vor allem die linke Ratsseite nicht davon ab, mit euphorischen Worten ihre Drogen verherrlichenden Vorstellungen und Konzepte zu verkünden, mit denen sie die Stadt Zürich unbedingt beglücken möchte. Genauso kämpften die gleichen Kreise vor Jahren für die kontrollierte Heroinabgabe und das Betreiben von staatlichen Fixerstüblis zum Applizieren von harten Drogen in geschützten Räumen. Und was ist die Folge davon? Genau das ist heute Realität in dieser Stadt. Die Drogenszene ist nicht verschwunden, sie funktioniert nur verdeckt. Auch das nahmen die Drogen-Turbos in Kauf: Man will nicht sehen, was der Drogenkonsum anrichtet, der Drogenkonsum darf nur verdeckt, im Versteckten, erfolgen.

Fakt ist, dass jede Droge, auch wenn sie noch so kontrolliert verkauft und appliziert wird, gesundheitliche Schäden verursacht. Und diese durch verantwortungslosen Konsum verursachten Schäden dürfen dann alle wieder solidarisch über die Krankenkasse mittragen. Das bisherige Verhalten der Turbos lässt befürchten, dass es nun weiter gehen soll mit Cannabis, dann vielleicht mit Kokain, dann eventuell mit den synthetischen Drogen usw. usf. Die Debatte machte eines deutlich – was linke und sogenannte moderne Drogenpolitik ist und will. In dieser Situation gibt es für die SVP nur eines: Konstant und kräftig Gegensteuer geben.

## 400 000 Franken für die DADA-Anarchie

«Unsinnig, wirr, konfus, abstrus». Dies ist die Übersetzung des Begriffs «dadaistisch» in unsere Umgangssprache. In die Welt gesetzt wurde der Dadaismus vor bald 100 Jahren in Zürich. Nun arbeitet der Zürcher Stadtrat verbissen und unter Einsatz grosser finanzieller Mittel darauf hin, den 100. Jahrestag der dadaistischen Bewegung im Jahr 2016 zu feiern.

DANIEL REGLI  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 11

Dass die Schweiz im Jahre 2016 ihren 725. Geburtstag feiern wird, das war dem Stadtrat bisher keine öffentlich Silbe wert. Das Rütli und der Sonderfall Schweiz haben in einer rot-grün regierten Stadt schlechte Karten. Aber die Kunst! Mei, mei!! Die Kunst muss erhalten, um Zürich endlich ein neues Image zu geben. Für die linke Stadtregierung ist es unerträglich, dass «ihre» Stadt international noch immer als «Zwinglistadt» und «Bankenstadt» wahrgenommen wird. Das muss sich ändern!

So werden in jüngerer Vergangenheit Millionen und Abermillionen in Kulturprojekte gebuttert, um Zürich endlich als Stadt der Hochkultur zu definieren. Theater und nochmals ein Theater. Museen und nochmal ein Museum. Und nicht zu vergessen das atemberaubende Kunstprojekt «Hafenkran».

So, und nun will Zürich also 2016 auch noch als Stadt des DADA-Unsinns in die Welt ausstrahlen. 400 000

Franken beantragte der Stadtrat in der Ratssitzung vom 16. Januar beim Zürcher Gemeinderat für die Durchführung des DADA-Jubiläums (GR Nr. 2012/278).

Das ist natürlich zu wenig für ein grosses Fest. So hat denn auch das Bundesamt für Kommunikation bereits einen Projektkredit von CHF 200 000 zugesagt. Beim Kanton Zürich haben die Dada-Festbrüder einen Kredit von CHF 400 000 beantragt. Zudem hat die Mehrheit des Zürcher Gemeinderates mit der Weisung GR Nr. 2010/284 schon zu einem früheren Zeitpunkt einen Kredit von CHF 390 000 gesprochen. So wird Steuergeld in Hülle und Fülle in die DADA-Kasse gespült. Der Anlass soll am Ende mehr als 2 Millionen Franken kosten.

## Unverständliches Etikett für die Stadt

Natürlich war die SVP bei der Behandlung des DADA-Geschäfts wieder einmal die einzige Fraktion, die sich gegen die Verschleuderung von Kulturgeldern ausgesprochen hat (103 Millionen Franken sind 2013 für Kultursubventionen im städtischen Budget eingestellt. Tendenz immer stei-

gend). So wurden die 400 000 Franken für DADA durchgewinkt und die Planung des Jubiläums nimmt ihren unheilvollen Verlauf.

Dass sich die Stadt Zürich mit dem Etikett «DADA» schmücken will, ist aus Perspektive einer wertkonservativen Partei absolut unverständlich. Warum FDP, CVP und EVP hier einmal mehr mit der linken Mehrheit mitfließen, ist traurig. Offenbar kümmert es die ehemals Bürgerlichen nicht, welche Inhalte DADA 1916 in die Welt gesetzt hat.

Immer wieder wird der hehre Pazifismus der DADA-Gründer hervorgehoben. So, als wäre die Kritik des 1. Weltkriegs das Allerwichtigste gewesen, was die Dadaisten umgetrieben hätte. Das ist jedoch nichts anderes als ein heuchlerisches Feigenblatt. Die Auseinandersetzung mit Gewalt und Krieg spielt in den urdadaistischen Produkten eine Nebenrolle. DADA wollte vor allem eines: Die Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts verhöhnen.

Die Verlogenheit der bürgerlichen Werte (Politik, Kirche) entlarven. Das war aber nicht genug. DADA kritisierte einfach alles. Sogar die Gesetzmässigkeiten der Sprache. Eben darum

wurde die Sprache zerstört (dekonstruiert) und das Cabaret Voltaire an der Spiegelgasse wurde zur Bühne für sinnlose Simultangedichte und «bruitistischen» Höllenlärm.

DADA übergoss alles mit Fäkal-sprache und grosser Verachtung. Auch und vor allem die damals aktuelle moderne Kunst (Futurismus, Kubismus, Expressionismus). Denn die DADAs wollten vor allem eines: selber als grosse Künstler Erfolg haben und in der Kulturolymp eingehen.

Der Dadaismus ist anarchistisch und nihilistisch. Er akzeptiert nichts ausser sich selbst und seine immer neuen abstrusen Ideen, die er jederzeit widerrufen kann. DADA ist sowohl «Nichts» als auch die Weltseele. Die Bewegung, die der Stadtrat mit viel Pomp feiern will, gleicht dem Wüten eines unreifen Pubertierenden, der alles «Sch...» findet.

Eine differenzierte Kritik vorzulegen, das ist dem faulen Besserwisser zu mühsam. Und konstruktive Vorschläge, wie die Welt besser zu gestalten wäre, hat er keine. So bleibt er bei seiner billigen Totalkritik und nimmt sich das Recht, auch weiterhin alles nach seinem Gusto einzurichten. Wehe dir, «Seldwyla»!

## WEITERER HANDLUNGSBEDARF IST NOTWENDIG

## Prostitution und Zuwanderung – Belastungsfaktor für die Stadt Zürich

Prostitution ist ein Bestandteil jeder Grossstadt. Je nach Kultur auf Länder- oder Regionalebene tritt dieses Gewerbe als Phänomen mehr oder weniger in Erscheinung.

SVEN O. DOGWILER  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 1/2

Als Beispiel seien der Ferne Osten oder die Stadt Hamburg mit ihrer Reeperbahn erwähnt. Entsprechend unterschiedlich sind auch die gesetzlichen Vorschriften und die Vollzugsmassnahmen der zuständigen Behörden. Auch die Stadt Zürich sieht sich seit jeher mit der Aufgabe konfrontiert, die Umstände und die vielseitigen Auswirkungen der Prostitution – die nun mal seit Urzeiten zur menschlichen Gesellschaft gehört – zu regeln und unter Kontrolle zu halten.

## Die Situation in Zürich

Bekanntlich führte dieses Thema kürzlich mit der Vorlage über die Verordnungsboxen im Abstimmungskampf zu einer lebhaften Diskussion in den Medien und der Bevölkerung. Am 11. März 2012 haben die stadtzürcherischen Stimmberechtigten die Vorlage Strichplatz Altstetten schliesslich angenommen. Dies allerdings äusserst knapp, legten doch lediglich 52,6% ein Ja in die Urne. Dies zeigt deutlich auf, dass das Vorhaben des Stadtrates, die bekannten Probleme im Zusammenhang mit der Strassenprostitution über den Strichplatz zu lösen, nicht restlos zu überzeugen vermag. Bei einer Abstimmungsdifferenz von lediglich 4666 Stimmen ist zudem davon auszugehen, dass die Vorlage vom Stimmvolk verworfen worden wäre, wenn der Stadtrat im Vorfeld der Abstimmung und nicht erst unmittelbar nach der Abstimmung kommuniziert hätte, dass rechtlich keine Möglichkeit bestünde, die Freier daran zu hindern, mit den Prostituierten den Strichplatz zu verlassen. Davon war während des Abstimmungskampfes nie die Rede, weshalb sich viele Stimmberechtigten nach der entsprechenden Aussage des Polizeivorstehers Leupi hintergangen fühlten. Mit dieser Aussage hat Polizeivorsteher Leupi darüber hinaus die von der SVP geäusserten Bedenken bestätigt, dass die Probleme mit dem Strassenstrich durch das Projekt

Strichplatz nicht nachhaltig gelöst, sondern lediglich vom Sihlquai nach Altstetten verschoben werden. Mit Eröffnung des Strichplatzes im August 2013 werden die wenigen Anwohner des Sihlquais zwar entlastet, gleichzeitig werden aber eine Vielzahl von Bewohnern in Altstetten unter den negativen Begleiterscheinungen leiden. Die eigentlichen Probleme bleiben ungelöst.

Auch an der Zähringerstrasse im Niederdorf ist dem Stadtrat die Situation längst entglitten. Anwohner und Gewerbetreibende, insbesondere Hotellerie und Gastgewerbe, leiden unter dem Strassenstrich. Das vom Stadtrat eingeführte Nachtfahrverbot brachte erwartungsgemäss keine Entschärfung der Situation. Tatsächlich sind nicht die nächtlichen Autofahrten durch die Zähringerstrasse das eigentliche Problem, sondern die Vielzahl von Prostituierten, die vor den Hotels und Restaurants stehen, teilweise sehr aggressiv um ihre Freier werben und damit gleichzeitig Touristen und Gäste vertreiben. Es überrascht nicht, dass das Gastgewerbe an der Zähringerstrasse markante Umsatzeinbussen zu verzeichnen hat. Daran wird sich auch nach Erstellung der bedienten Barriere, mit welcher gemäss Stadtrat das Nachtfahrverbot durchgesetzt werden soll, selbstverständlich nichts ändern. Die Probleme im Niederdorf werden weder durch ein Nachtfahrverbot noch durch eine zeitliche Beschränkung nachhaltig beseitigt.

## Gründe für die Zunahme der Belästigung

Im Vergleich zu 2005, als noch knapp 20 Frauen aus Osteuropa stammten, meldeten sich 2011 allein aus Ungarn rund 500 Prostituierte neu in Zürich an. Dabei stammen nicht nur die Prostituierten, sondern auch ihre Zuhälter praktisch ausnahmslos aus der Roma-Bevölkerung. Der in Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich und ungarischen Organisationen erarbeitete Bericht zum Projekt Iris 2012 zeigt die Zustände auf dem zürcherischen Strassenstrich schonungslos auf: Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 7,3 Stunden an 6,7 Tagen pro Woche,

was einem Wochendurchschnitt von 50 Stunden entspricht. Die Zuhälter stammen häufig aus dem weiteren oder engeren familiären Umfeld, wobei neben einer finanziellen auch eine emotionale Abhängigkeit besteht. Die Prostituierten werden dabei von den Zuhältern schon früh und in grosser Zahl aus Kinderheimen rekrutiert. Stellvertretend für die im Ausland ansässigen Zuhälter werden in Zürich weibliche Aufpasserinnen – die sogenannten Capos – postiert, welche das Geld einsammeln und bestimmen, wer wo und wie lange auf der Strasse zu stehen hat.

Das Überangebot hat zu einem enormen Konkurrenzdruck geführt, sodass Dumpingpreise, ungeschützter Geschlechtsverkehr, Drohungen und Gewalt alltäglich geworden sind. Es vermag nicht zu überraschen, dass sich über 80% der befragten Frauen einen Ausstieg aus der Prostitution wünschen.

## Überangebot in Zürich

Prostituierte brauchen für die maximal 90 Tage im Jahr, an denen sie im Rahmen des Meldeverfahrens als selbständig Erwerbstätige arbeiten, keine eigentliche Arbeitsbewilligung, sondern müssen sich lediglich beim kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich an- und abmelden. Neben einem gültigen Reisedokument und einem Krankenversicherungsnachweis ist die Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit an keine weiteren Voraussetzungen geknüpft. Ab 2013 müssen die Prostituierten in der Stadt Zürich, gestützt auf die Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO), zusätzlich eine Bewilligung einholen, wobei die Voraussetzungen die gleichen sind. Vor dem Hintergrund der schockierenden Zustände auf dem Strassenstrich ist es unverständlich, dass Kanton und Stadt an ihrer unkritischen Bewilligungspraxis festhalten wollen.

Es ist offensichtlich, dass zwischen Überangebot auf dem zürcherischen Strassenstrich und den unerwünschten Begleiterscheinungen wie beispielsweise Immissionen, Preiserfall, Gesundheitsrisiko, Gewalt und Menschenhandel ein direkter Zusammen-

hang besteht. Das Sozialdepartement hielt im erwähnten Bericht zum Projekt Iris 2012 sogar ausdrücklich selber fest, dass das vereinfachte Meldeverfahren zu einem Anstieg der ausländischen Sexarbeiterinnen auf dem Sihlquai geführt hat, weil die allermeisten Osteuropäerinnen dieses Meldeverfahren nutzen.

## Vorschläge zur Verbesserung der Situation

Solange sich an der Armut der Romas und dem einfachen Zugang von Prostituierten in den zürcherischen Arbeitsmarkt nichts ändert, wird sich auch an der Zuwanderung und der daraus resultierenden Belastung für die Stadt Zürich nichts ändern. Da sich die Armut in Ungarn – als Hauptursache von Prostitution – von Zürich aus auf politischer Ebene wenn überhaupt nur bedingt bekämpfen lässt, ist eine Kontingentierung der Bewilligungen, wie sie in Art. 10 PGVO vorgesehen ist, unabdingbar.

Nur so lassen sich die unerwünschten Begleiterscheinungen der Strassenprostitution nachhaltig eindämmen. Zudem braucht es eine kritische Prüfung im Rahmen der Bewilligungerteilung. Es wäre falsch, wenn man unter dem Deckmantel der Wirtschaftsfreiheit die menschenunwürdigen Zustände auf dem Strassenstrich und die Belastung für die Anwohner weiterhin dulden würde.

## Zusammenfassung

Aus den gemachten Ausführungen ist ersichtlich, dass nach der Auffassung der SVP weiterer Handlungsbedarf seitens der Sozial- und Polizeibehörde notwendig ist. Ohne auf die Vollständigkeit der möglichen Massnahmen zu pochen, sei hier nochmals auf folgende Punkte hingewiesen:

- Beschränkung von Bewilligungen
  - Kritische Prüfung der Gesuche
  - Vermehrte Kontrollen
  - Kostendeckende Gebühren
- Die Fraktion der SVP im Gemeinderat fühlt sich im Interesse unserer schönen Stadt verpflichtet, dieser Problematik weiterhin Beachtung zu schenken. Sie ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitzuhelfen.



# WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

## ZU VERKAUFEN

**Frontscheibenmähwerk** Pöttinger Novacat 306 mit Knicker, guter Zustand, Fr. 8600.-. **Heckscheibenmähwerk** Krone 283 mit Knicker, Fr. 3900.-. Telefon 079 349 16 11.

20-25 **Grassilo-Rundballen**, Milchviehqualität, Frühling/Herbst 2012, Fr. 60.- pro Ballen. Tel. 079 426 27 26.

1 evtl. 2 Tageskarten à Fr. 128.- für Freitag, 25. Januar 2013, **CSI Hallenstadion Zürich «Golden Moments» Jubiläumsshow** mit Olympiasieger Steve Guerdot inkl. Gratin. Eintritt FESPO. Telefon 044 920 36 29.

## ZU KAUFEN GESUCHT

**Heurüstmaschine** Kranmodell, El. **Heumesser** 230 Watt, **Güllenmixer** mit Untersetzung, Tel. 079 678 81 49.

## ZU VERSCHENKEN

**2-Achs-Pneuwagen** mit Aufsatz. Muss abgeholt werden. Tel. 052 318 13 55.

## SUCHE

Tageslichttaugliche, erfahrene und unkomplizierte, für alles Schöne interessierte Frau, Jg. 1941, möchte gerne eine Begleitung finden. Wohnhaft am Zürichsee. Bin gerne in der Natur, Musik, gemütliches Wohnen, noch etwas sozial engagiert und vieles mehr. Melden Sie sich bitte unter Chiffre ZB2013-01. Jede Zusage wird diskret beantwortet.

**Inserate**

**Der Zürcher Bote**

**print-ad kretz gmbh**

Tel. 044 924 20 70  
Fax 044 924 20 79  
inserate@zuercher-bote.ch

## IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

### Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

[www.stutz-druck.ch/wuchemaert](http://www.stutz-druck.ch/wuchemaert)

**Preise**  
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.-** inkl. MWSt.  
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.-** inkl. MWSt.

**Einsendeschluss**  
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

**Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11**  
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

## Raubzug aufs Privateigentum oder wirksamer Kulturlandschutz?

**Podiumsdiskussion zum revidierten Raumplanungsgesetz**

**Donnerstag, 24. Januar 2013, 20.00 Uhr**  
**Stadthaus Dietikon, Gemeinderatssaal**



Jacqueline Badran Hans Egloff Sabine Sieber Gregor Rutz

**Es diskutieren**  
Jacqueline Badran, Nationalrätin SP, Zürich  
Hans Egloff, Nationalrat SVP, Aesch  
Sabine Sieber, Kantonsrätin SP, Sternenberg  
Gregor Rutz, Nationalrat SVP, Zollikon

**Gesprächsleitung**  
Jürg Krebs, Chefredaktor az Limmattaler Zeitung

Im Anschluss sind Sie ganz herzlich zum Apéro eingeladen.



# Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos**.

Komme bei Ihnen vorbei.

**Tel. 044 822 26 11**

## Rettet unser Schweizer Gold!

Jetzt unterschreiben:

[www.goldinitiative.ch](http://www.goldinitiative.ch)



## Einladung

zum

# SVP-Jassturnier

- Was:** Schieber-Jass mit zugelostem Partner
- Wann:** Freitag, 25. Januar 2013, 19.30 Uhr  
Standblattausgabe ab 19.00 Uhr bis spätestens 19.20 Uhr
- Organisation:** SVP Hettlingen
- Wo:** Mehrzweckhalle Hettlingen

**Einsatz Fr. 20.00**

Es sind schöne Preise zu gewinnen.  
Alle JasserInnen erhalten einen Preis!

Die Organisatoren sind gerüstet und freuen sich auf viele Teilnehmer.  
Für das leibliche Wohl sorgen die Mitglieder der SVP Hettlingen.

Anmeldungen bitte so schnell wie möglich aber spätestens bis 21.01.13 an:  
*Eliane Hiestand, Seuzacherstrasse 11a, 8400 Winterthur*  
e-mail: [eliane.hiestand@gmx.ch](mailto:eliane.hiestand@gmx.ch)

SVP Jass-Turnier 25. Januar 2013 in Hettlingen

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....

Erfolgreich werben  
im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

**Jetzt die Mediadata 2013 bestellen!**

**print-ad kretz gmbh**

Tel. 044 924 20 70 · Fax 044 924 20 79

[fredi.kretz@kretzgmbh.ch](mailto:fredi.kretz@kretzgmbh.ch)

**Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher**



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf [www.teleblocher.ch](http://www.teleblocher.ch) übertragen.

**SVP-KANTONSRA TSFRAKTION**

**Kantonsrat / Fraktion**

Montag, 21. Januar 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach / Embrach**

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf**

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon / Birmensdorf**

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

**Bezirk Hinwil / Wetzikon**

Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Stern, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

**Bezirk Horgen / Oberrieden**

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

**Bezirk Meilen / Küsnacht**

Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

**Bezirk Pfäffikon / Weisslingen**

Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

**Bezirk Uster / Uster**

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

**Bezirk Winterthur / Seuzach**

Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

**Junge SVP Kanton Zürich**

Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Partehöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch) aufgeschaltet.

**Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur**

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

**Stadt Winterthur / Seen**

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur / Wülflingen**

Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

**Stadt Zürich / Kreis 4 und 5**

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstr. 112, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 6**

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstr. 175, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 10**

Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmatalstrasse 88, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 11**

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

**Stadt Zürich / Kreis 12**

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**

Montag, 11. März 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Hausen am Albis, Generalversammlung.

**Bezirk Affoltern / Knonau**

Freitag, 18. Januar 2013, 19.30 Uhr, Restaurant Hörnli, Knonau, SVP-Dorfjass. Anmeldungen: [svpknonau@gmail.com](mailto:svpknonau@gmail.com) oder 076 771 02 60.

Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Museum Sasso San Gottardo. Weitere Informationen folgen. Anmeldungen: [svpknonau@gmail.com](mailto:svpknonau@gmail.com) oder Natel 076 771 20 60.

**Bezirk Bülach / Höri**

Samstag, 19. Januar 2013, 16.00 Uhr, Restaurant Au, Höri, Preisjassen. Anmeldung an [kurt.frauenfelder@bluewin.ch](mailto:kurt.frauenfelder@bluewin.ch).

**Bezirk Dietikon**

Donnerstag, 24. Januar 2013, 20.00 Uhr, Stadthaus Dietikon, Gemeinderatssaal, Podiumsdiskussion zum revidierten Raumplanungsgesetz «Raubzug aufs Privateigentum oder wirksamer Kulturlandschutz?». Es diskutieren Jacqueline Badran, Nationalrätin SP, Zürich; Hans Egloff, Nationalrat SVP, Aesch; Sabine Sieber, Kantonsrätin SP, Sternenberg, und Gregor Rutz, Nationalrat SVP, Zollikon. Gesprächsleitung: Jürg Krebs, Chefredaktor «az Limmattaler Zeitung». Im Anschluss sind Sie ganz herzlich zum Apéro eingeladen.

**Bezirk Winterthur / Hettlingen**

Freitag, 25. Januar 2013, 19.30 Uhr, Mehrzweckhalle, Hettlingen, Jassturnier. Es gibt tolle Preise für jeden! Schieber-Jass mit zugelostem Partner. Anmeldung an [eliane.hiestand@gmx.ch](mailto:eliane.hiestand@gmx.ch) oder Eliane Hiestand, Seuzacherstrasse 11a, 8400 Winterthur, bis spätestens Freitag, 18. Januar 2013.

**Stadt Zürich / Kreis 7 und 8**

Dienstag, 26. Februar 2013, 19.00–21.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikonstrasse 279, Zürich, Mitgliederversammlung mit Gastredner Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli. Anschliessend an die Mitgliederversammlung findet ein gemeinsames Abendessen statt. Organisation: Gemeinderat Urs Fehr, Präsident Kreis 7 und 8.

**SVP Stadt und Winterthur Land**

Dienstag, 5. Februar 2013, 18.30 Uhr, Werkstatthalle Burckhardt Compression AG, Industriepark Sulzer Oberwinterthur, Im Link 5, Winterthur, öffentliche Podiumsveranstaltung zur eidgenössischen Abstimmung vom 3. März 2013 über die Minder-Initiative. Pro: Marcel Hablützel, Unterstützungskomitee, Winterthur. Kontra: Valentin Vogt, VR-Präsident Burckhardt Compression Holding AG / Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband. Moderation: Stefan Nägeli, Programmleiter Tele Top AG. Anschliessend an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert. Parkplätze vorhanden.

**SVP-FRAUEN**

**SVP-Frauen Stadt Zürich**

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhöck.

Donnerstag, 22. August 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Mittwoch, 23. Oktober 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 28. November 2013, 19.00 Uhr, Adventsessen.

Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

**WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN**

Samstag, 19. Januar 2013, 12.10–12.50 Uhr, Aula Schulhaus Limmattstrasse, Zürich, Politik-Diskussion zum hochaktuellen Thema «Atomausstieg der Schweiz?» mit Nationalrat Hans Fehr und Politikern aus FDP, SP und Grünen. Organisation und Leitung durch Absolventen der kaufmännischen Berufsmaturität an der KV Zürich Business School.

Samstag, 23. Februar 2013, 10.30–16.00 Uhr, Markthalle Toggenburg, Wattwil SG, 13. Nationaler SVP-Jasscup, mit Bundespräsident Ueli Maurer sowie National- und Ständerä-

ten der SVP. Modus: Schieber mit zugelostem Partner, 4 Passen à 12 Spiele, gewertet 84 Spiele. Kartenart: Französische und Deutschschweizer Karten. Preise: Viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger. Schätzwettbewerb: 1. Preis Fr. 300.–; 2. Preis Fr. 200.– und 3. Preis Fr. 100.–. Teilnahmegebühr: Fr. 30.– Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen; Fr. 25.– Mittagessen (Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich). Teilnehmer: Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Organisation: SVP Wattwil unter der Leitung von OK-Präsident Hansueli Hofer und Nationalrat Felix Müri. Experte: Hans Bachmann, ex Jass-Schweizermeister. Türöffnung 9.00 Uhr. Anmeldung (Platzbeschränkung): E-Mail: [imobersteg@svp.ch](mailto:imobersteg@svp.ch), Anmeldeatlon unter [www.svp.ch](http://www.svp.ch), Telefon 031 300 58 58.

Freitag, 22. März 2013, 20.00 Uhr, Oetwil am See (genauer Ort folgt), Referat von Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Politik aktuell» im Anschluss an die Generalversammlung der SVP Oetwil a. S.

**MOTORRAD-CLUB SVP**

**Swiss Moto**

Freitag, 22. Februar 2013, 19.30 Uhr, Zürich-Oerlikon, Holiday Inn (vis-à-vis des Messezentrums), gemeinsames Nachtessen. Vorab individuelle Besichtigung der Zweirad-Swiss-Moto-Ausstellung in der Messe Zürich beim Hallenstadion.

**Inserat**

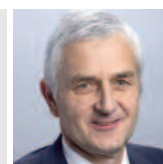
**Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei**

**NEIN zur Minder-Initiative, damit der Gegenvorschlag gegen die Abzockerei sofort in Kraft tritt!**



« Bis die Minder-Initiative in Kraft treten würde, würden Jahre vergehen. Der Gegenvorschlag tritt hingegen sofort in Kraft und bekämpft die Abzockerei am besten! »

Christoph Blocher, Nationalrat, Herrliberg (ZH)



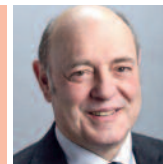
« Zentral ist, dass endlich etwas gegen die Auswüchse im Bereich der Boni und Bezüge unternommen werden kann. Sowohl die Initiative als auch der indirekte Gegenentwurf ermöglichen dies. Der Gegenentwurf aber deutlich schneller. »

Caspar Baader, Nationalrat, Gelterkinden (BL)



« Die Minder-Initiative bedroht mit ihren starren und unpraktikablen Vorschriften eine Vielzahl von Unternehmen. Wer etwas für die Sicherung der Arbeitsplätze und seiner Rente tun will, stimmt Nein zur Minder-Initiative. »

Sylvia Flückiger, Nationalrätin, Schöftland (AG)



« Die Initiative trifft nicht nur börsenkotierte Unternehmen, sondern auch unsere KMU, weil sie zu höheren Kosten und mehr Bürokratie führt. Das schadet dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz und gefährdet Arbeitsplätze! »

Ulrich Giezendanner, Nationalrat, Rothrist (AG)



« Ohne Gross kein Klein! Rund 250 000 Arbeitsplätze bei den kleinen und mittleren Unternehmen werden durch Aufträge von Grossunternehmen gesichert. Die Minder-Initiative setzt dieses Erfolgsmodell aufs Spiel! »

Hansjörg Walter, Nationalrat, Wängi (TG)



« Die Minder-Initiative schießt am Ziel vorbei. Sie hätte wiederum jahrelange Diskussionen zur Folge, bis ein Gesetz ausgearbeitet wäre. Der Gegenvorschlag hingegen bietet griffige Lösungen und kann sofort in Kraft treten, wenn die Initiative abgelehnt wird. Wer wirklich etwas gegen Abzocker unternehmen will, muss darum Nein stimmen. »

Gregor Rutz, Nationalrat, Küsnacht (ZH)

Darum **NEIN** zur Minder-Initiative